

Stand: 08.02.2026 20:06:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16178

"Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16178 vom 30.03.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17494 des GP vom 20.06.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17612 vom 06.07.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 06.07.2017



Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann SPD**

Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege schriftlich und mündlich darüber zu berichten, wie das Problem der übermäßigen und zunehmenden Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Akutkrankenhäusern nachhaltig gelöst werden könnte.

Dabei sollten insbesondere die folgenden Fragen beantwortet werden:

1. Wie viele Krankenhäuser in Bayern haben im Jahr 2016 eine Vereinbarung nach § 4 Abs. 8 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) mit den gesetzlichen Krankenkassen abgeschlossen (sogenanntes Pflegestellen-Förderprogramm des Krankenhausstrukturgesetzes)? Wie viele Stellen wurden dadurch in der Krankenhauspflege in Bayern neu geschaffen? Hat sich nach Einschätzung der Staatsregierung dadurch die Arbeitssituation der Pflegekräfte in Bayerischen Krankenhäusern entscheidend verbessert?
2. Wie hat sich nach den Erkenntnissen der Staatsregierung die Regelung nach § 8 Abs. 10 KHEntgG (sogenannter Pflegezuschlag des Krankenhausstrukturgesetzes) bislang auf die Krankenhäuser in Bayern ausgewirkt? Welche Effekte sind nach Auffassung der Staatsregierung von dieser Regelung längerfristig für die Verbesserung der Arbeitssituation der Pflegekräfte in Bayerischen Krankenhäusern zu erwarten?
3. Wie beurteilt die Staatsregierung die Schlussfolgerungen der vom Bundesminister für Gesundheit eingerichteten Expertinnen- und Expertenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“? Wie unterscheidet sich nach Auffassung der Staatsregierung die Kommissionsempfehlung zur Einführung von „Personaluntergrenzen“ von Forderungen nach einer „verbindlichen Personalbemessung“ oder einem „Mindestpersonalschlüssel“, die von der Mehrheitsfraktion im Landtag 2015 und 2016 abgelehnt wurden (Drs. 17/7362 und

17/11816)? Wird sich die Staatsregierung wie Bundesminister Hermann Gröhe für eine kurzfristige Umsetzung der von der Expertenkommission vorgeschlagenen Maßnahmen noch in dieser Wahlperiode einsetzen, etwa durch Unterstützung des in diese Richtung ziellenden Antrags des Saarlands im Bundesrat (BR-Drs. 190/17)? Mit welchem Finanzbedarf rechnet die Staatsregierung?

4. Wie beurteilt die Staatsregierung die staatlichen Vorgaben zu einer „Nurse-to-Patient Ratio“ im US-amerikanischen Bundesstaat Kalifornien, insbesondere im Hinblick auf die Höhe der Pflegekraft-Patienten-Zahlen, die Verpflichtung zur Erhebung des individuellen Pflegebedarfs jeder Patientin und jedes Patienten und die Einführung sogenannter „Nurse Staffing Committees“ (vgl. „Nurse-to-Patient Ratios“ – Ein internationaler Überblick über staatliche Vorgaben zu einer Mindestbesetzung im Pflegedienst der Krankenhäuser, Working Paper Forschungsförderung Nr. 27 der Hans-Böckler-Stiftung)? Welche Effekte ließen sich durch die kalifornische Mindestpersonalregelung im Hinblick auf Mortalität, Verweildauer und Wiederaufnahmen feststellen? Wie haben sich die durchschnittliche Pflegekraft-Patienten-Zahl sowie Arbeitsbelastung und Arbeitszufriedenheit der Pflegekräfte verändert? Wie viele Pflegekräfte müssten in den Bayerischen Plankrankenhäusern zusätzlich eingestellt werden, würden die kalifornischen Regelungen auch in Bayern umgesetzt? Wie hoch wären die dadurch für die Krankenhäuser zusätzlich entstehenden Kosten?
5. Bleibt die Staatsregierung im Lichte der Punkte 3. und 4. bei Ihrer Einschätzung, dass eine Mindestpersonalregelung keine sinnvolle Lösung sei (vgl. Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Kathi Petersen „Krankenhäuser in Bayern 2“ Drs. 17/15398, Antwort auf Frage 8c)? Bitte um Begründung der Antwort.

Begründung:

Im Pflegedienst der Krankenhäuser wurden bundesweit in den Jahren 1996 bis 2007 mehrere zehntausend Stellen abgebaut. Zugleich nahm der Anteil älterer und multimorbider Patienten zu und stieg die Zahl der vollstationären Patientinnen bzw. Patienten und mehr noch die der vor- und nachstationär behandelten sowie der ambulant operierten Patientinnen bzw. Pa-

tienten. Stellenabbau bei gleichzeitigem Leistungszuwachs führt zu einer immer weiter steigenden Arbeitsbelastung, die in vielen Kliniken bereits zu einer chronischen Arbeitsüberlastung geführt hat. Diese wiederum gefährdet die Gesundheit des Pflegepersonals und ein zunehmender Teil des Pflegepersonals versucht seine Gesundheit entweder durch Reduzierung der individuellen Arbeitszeit oder den Wechsel in andere Bereiche wie beispielsweise die ambulante Pflege zu schützen.

Sowohl international vergleichende Analysen Pflegekraft-Patienten-Zahlen, als auch eine Reihe nationaler Erhebungen zur Arbeitsbelastungssituation weisen auf eine enorme Arbeitsverdichtung in der Pflege seit der flächendeckenden Einführung des DRG-Systems (DRG = Diagnosis Related Groups, deutsch: diagnosebezogene Fallgruppen) im Jahre 2004 hin. Das Verhältnis der Anzahl von Pflegefachkräften zu Patienten liegt in den USA bei 5,3 in den Niederlanden bei 7 und in Deutschland bei 13 Patienten pro Fachkraft. Mittlerweile können vielfach notwendige pflegerische Leistungen aufgrund von Zeitmangel nicht erbracht werden, was entsprechende Konsequenzen für die Versorgungsqualität mit sich bringt. Die Überlastung des Personals erhöht die Fehlerquote, was zu Lasten der Patienten geht.

Die Pflege wird im DRG-System derzeit über eine indirekte Orientierung an der inzwischen veralteten Pflegepersonalregelung berücksichtigt. Dabei wird

jedoch nicht der pflegerische Bedarf der Patienten oder der tatsächlich geleistete pflegerische Aufwand erfasst. Der individuelle Pflegebedarf eines Patienten oder einer Patientin und die erforderlichen Pflegermaßnahmen werden in der Regel nur pauschal abgebildet. Personalreduzierungen in den Kalkulationskrankenhäusern haben eine unmittelbare Reduktion des Umfangs an kalkulierten Pflegekosten in den jeweiligen Fallgruppen zur Folge. Zwar steht es den Krankenhäusern frei von diesen Kalkulationsvorgaben abzuweichen. Eine überdurchschnittliche Personalbesetzung führt jedoch unter sonst gleichen Bedingungen zu sinkenden Deckungsbeiträgen, welche sich unter den derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nur die wenigsten Krankenhäuser leisten können (Simon, M.: Personalbesetzungsstandards für den Pflegedienst der Krankenhäuser. Hannover, 2014. Thomas, D., Reifferscheid, A., Pomorin, N., Wasem, J.: Instrumente zur Personalbemessung und -finanzierung in der Krankenhauspflege in Deutschland. Essen, 2014).

Im US-amerikanischen Bundesstaat Kalifornien trat im Jahr 2004 eine staatliche Verordnung über Pflegekraft-Patienten-Zahlen in Kraft. Die entsprechenden Werte liegen zwischen 1:1 in Operationssälen, 1:5 auf Normalstationen und 1:6 im Bereich der Psychiatrie und damit (sehr) deutlich über dem deutschen Durchschnitt von einer Fachkraft pro 13 Patienten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
Kathi Petersen u.a. SPD
Drs. 17/16178**

**Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäu-
sern**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Kathrin Sonnenholzner**
Mitberichterstatter: **Hermann Imhof**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 9. Mai 2017 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 20. Juni 2017 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann SPD

Drs. 17/16178, 17/17494

Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege schriftlich und mündlich darüber zu berichten, wie das Problem der übermäßigen und zunehmenden Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Akutkrankenhäusern nachhaltig gelöst werden könnte.

Dabei sollten insbesondere die folgenden Fragen beantwortet werden:

1. Wie viele Krankenhäuser in Bayern haben im Jahr 2016 eine Vereinbarung nach § 4 Abs. 8 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) mit den gesetzlichen Krankenkassen abgeschlossen (sogenanntes Pflegestellen-Förderprogramm des Krankenhausstrukturgesetzes)? Wie viele Stellen wurden dadurch in der Krankenhauspflege in Bayern neu geschaffen? Hat sich nach Einschätzung der Staatsregierung dadurch die Arbeitssituation der Pflegekräfte in bayerischen Krankenhäusern entscheidend verbessert?
2. Wie hat sich nach den Erkenntnissen der Staatsregierung die Regelung nach § 8 Abs. 10 KHEntgG (sogenannter Pflegezuschlag des Krankenhausstrukturgesetzes) bislang auf die Krankenhäuser in Bayern ausgewirkt? Welche Effekte sind nach Auffassung der Staatsregierung von dieser Regelung längerfristig für die Verbesserung der Arbeitssituation der Pflegekräfte in Bayerischen Krankenhäusern zu erwarten?

3. Wie beurteilt die Staatsregierung die Schlussfolgerungen der vom Bundesminister für Gesundheit eingerichteten Expertinnen- und Expertenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“? Wie unterscheidet sich nach Auffassung der Staatsregierung die Kommissionsempfehlung zur Einführung von „Personaluntergrenzen“ von Forderungen nach einer „verbindlichen Personalbemessung“ oder einem „Mindestpersonalschlüssel“, die von der Mehrheitsfraktion im Landtag 2015 und 2016 abgelehnt wurden (Drs. 17/7362 und 17/11816)? Wird sich die Staatsregierung wie Bundesminister Hermann Gröhe für eine kurzfristige Umsetzung der von der Expertenkommission vorgeschlagenen Maßnahmen noch in dieser Wahlperiode einsetzen, etwa durch Unterstützung des in diese Richtung ziellenden Antrags des Saarlands im Bundesrat (BR-Drs. 190/17)? Mit welchem Finanzbedarf rechnet die Staatsregierung?
4. Wie beurteilt die Staatsregierung die staatlichen Vorgaben zu einer „Nurse-to-Patient Ratio“ im US-amerikanischen Bundesstaat Kalifornien, insbesondere im Hinblick auf die Höhe der Pflegekraft-Patienten-Zahlen, die Verpflichtung zur Erhebung des individuellen Pflegebedarfs jeder Patientin und jedes Patienten und die Einführung sogenannter „Nurse Staffing Committees“ (vgl. „Nurse-to-Patient Ratios“ – Ein internationaler Überblick über staatliche Vorgaben zu einer Mindestbesetzung im Pflegedienst der Krankenhäuser, Working Paper Forschungsförderung Nr. 27 der Hans-Böckler-Stiftung)? Welche Effekte ließen sich durch die kalifornische Mindestpersonalregelung im Hinblick auf Mortalität, Verweildauer und Wiederaufnahmen feststellen? Wie haben sich die durchschnittliche Pflegekraft-Patienten-Zahl sowie Arbeitsbelastung und Arbeitszufriedenheit der Pflegekräfte verändert? Wie viele Pflegekräfte müssten in den bayerischen Plankrankenhäusern zusätzlich eingestellt werden, würden die kalifornischen Regelungen auch in Bayern umgesetzt? Wie hoch wären die dadurch für die Krankenhäuser zusätzlich entstehenden Kosten?
5. Bleibt die Staatsregierung im Lichte der Punkte 3. und 4. bei Ihrer Einschätzung, dass eine Mindestpersonalregelung keine sinnvolle Lösung sei (vgl. Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Kathi Petersen „Krankenhäuser in Bayern 2“ Drs. 17/15398, Antwort auf Frage 8c)? Bitte um Begründung der Antwort.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter der Nummer 6 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 400/17, betreffend: "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche", beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Es sind dies die Drucksache 17/17484 sowie die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/17536. Die Beratung im Bundesrat ist für den morgigen Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm.

Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Saubere Energie für alle Europäer
COM (2016) 860 final
BR-Drs. 738/16
Drs. 17/16271, 17/17300 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie
COM (2016) 763 final
BR-Drs. 811/16
Drs. 17/16272, 17/17301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Forschung und Technologie:
Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen – Bewertung von Öffentlich-
öffentliche Partnerschaften (Art. 185 Initiativen) im Rahmen der
Zwischenbewertung von Horizont 2020
27.01.2017 – 30.04.2017
Drs. 17/16273, 17/17473 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Verkehr:
Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
23.01.2017 – 23.04.2017
Drs. 17/16274, 17/17302 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend:
Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen
28.02.2017 – 31.05.2017
Drs. 17/16310, 17/17474 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Subsidiaritätsangelegenheit

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow, Dr. Martin Huber u.a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche, COM (2017) 257 final; BR-Drs. 400/17 Drs. 17/17484, 17/17536 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

Verfassungsstreitigkeit

7. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2017

(Vf. 8-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 a des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist, in Verbindung mit den Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen (KMS vom 30. Mai 2016 – VI.7 – B P9010.1-7b.50387 – FubSch)

PII/G1310.17-0007

Drs. 17/17396 (E)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

Anträge

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kleine Brauereien unterstützen – Vielfalt des bayerischen Biers erhalten
Drs. 17/13533, 17/17460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Missbrauch von K.-o.-Tropfen verhindern
Drs. 17/15262, 17/17493 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Josef Zellmeier, Walter Nussel u.a. CSU
Die neuen Grenzwerte der TA Luft gefährden Holzheizkraftwerke
und übersteigen zugleich das technisch Mögliche
Drs. 17/15731, 17/17423 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann u.a. SPD
Außenwerbeverbot für Tabakwaren
Drs. 17/16165, 17/17414 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern
Drs. 17/16178, 17/17494 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende ist Klimaschutz: Die richtigen Rahmenbedingungen
für Mieterstrommodelle jetzt einführen
Drs. 17/16319, 17/17468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Leistungsgerechte und faire Managergehälter – Exzesse vermeiden
Drs. 17/16321, 17/17470 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wirkungsvolle Förderung von Mieterstromprojekten auf den Weg bringen
Drs. 17/16343, 17/17469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU
Erfahrungen mit der Wohnsitzregelung
Drs. 17/16409, 17/17256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU
Schnelle Klarheit über das Verhältnis zum Vereinigten Königreich
nach dem Brexit
Drs. 17/16505, 17/17465 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller,
Susann Biedefeld u.a. SPD
Baumaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim
Drs. 17/16613, 17/17461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn,
Klaus Adelt u.a. SPD
Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen
Drs. 17/16615, 17/17416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitliche Mindesterreichbarkeit im Krankenhausplan des Freistaates Bayern berücksichtigen
Drs. 17/16620, 17/17496 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärken
Drs. 17/16654, 17/17497 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein Verpackungsgesetz zu Lasten der Kommunen und der Umwelt
Drs. 17/16668, 17/17248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten
Drs. 17/16670, 17/17498 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerische Projekte in der Donauraumstrategie der EU-Kommission
Drs. 17/16672, 17/17418 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen
Drs. 17/16781, 17/17499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD) Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken
Drs. 17/16782, 17/17463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unwetter am Untermain: Schnelle und unbürokratische Hilfe für Betroffene
Drs. 17/16802, 17/17462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen
Drs. 17/16810, 17/17500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Personaleinsatz in Pflegeheimen bei Bedarf flexibler regeln
Drs. 17/16830, 17/17501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Bayerns Krankenhäusern
Drs. 17/16834, 17/17502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD
Evaluation der Sprachförderung an bayerischen Schulen
Drs. 17/16912, 17/17428

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beweislastumkehr bei Umwelterkrankungen
Drs. 17/17176, 17/17263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.